PRESSEMITTEILUNG 9/2011

Berlin, den 08. September 2011

Pro Mobilität

Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.

Friedrichstraße 154 10117 Berlin

Tel.: 030 / 22 48 84 12 Fax: 030 / 22 48 84 14 www.promobilitaet.de info@promobilitaet.de

Präsidium

Dr. Peter Fischer (Vorsitzender)
Ulrich Klaus Becker
Jörg Eschenbach
Hermann Grewer
Stefan Kölbl
Bernward Kulle
Peter Markus Löw
Matthias Wissmann

Geschäftsführung

Stefan Gerwens

Mitglieder

3M Deutschland GmbH ADAC e.V. AGES Maut System GmbH & Co. KG ARBIT - Arbeitsgemeinschaft der Bitumenindustrie e.V. Autobahn Tank & Rast GmbH Automobilclub von Deutschland e.V. Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft Bundesverband Baustoffe, Steine und Erden e.V. Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. Bundesverband der Deutschen Zementindustrie e.V. Bundesverband Güterkraftverkehr,

DEKRA e.V.

Deutscher Asphaltverband e.V.

DKV Euroservice GmbH + Co. KG

Logistik und Entsorgung e.V.

F. Kirchhoff AG

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.

HOCHTIEF AG

KEMNA BAU

Andreae GmbH & Co. KG

Macquarie Capital (Europe) Limited Michelin Reifenwerke AG & Co. KGaA

NYNAS Bitumen Nynas N. V.

Sanef

Sievert Handel Transporte GmbH

STRABAG AG

Tensar International GmbH

UNION TANK Eckstein GmbH & Co. KG

Verband der Automobilindustrie e.V.

Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e.V.

Zentralverband Deutsches Baugewerbe e.V.

Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e.V.

Bundesregierung wiederholt Fehler der Vergangenheit

Bund zieht sich weiter aus steuerfinanziertem Fernstraßenbau zurück

Die Fernstraßen sind der einzige Verkehrsweg, der rückläufige Investitionen in der Finanzplanung der Bundesregierung zu erwarten hat. Der Etatentwurf 2012 des Bundeshaushaltes sieht zwar für Fernstraßen einen geringfügigen Anstieg auf 5,0 Milliarden Euro vor. Doch bereits im Folgejahr sollen die Finanzmittel auf 4,8 Milliarden Euro sinken – 100 Millionen weniger als im aktuellen Haushaltsjahr. Und das soll nach der Planung der Bundesregierung bis 2015 tendenziell so bleiben.

Angesichts des hohen Finanzbedarfs für die Straßenerhaltung, besonders der Brückensanierung, bleibt kaum Spielraum für die Beseitigung der Nadelöhre im Verkehrsnetz. "Das ist umso ärgerlicher, als die Investitionen aus der Lkw-Maut bis 2015 steigen. Sie sollen im Vergleich zu 2011 insgesamt um über eine Milliarde Euro zunehmen", so Dr. Peter Fischer, Präsident des Verkehrsinfrastrukturverbandes Pro Mobilität. "Im Gegensatz dazu sinken die aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanzierten Investitionen in Autobahnen und Bundesstraßen dauerhaft." Ab 2012 sollen im Vergleich zu heute pro Jahr zwischen 200 und 265 Millionen Euro weniger Steuermittel zur Verfügung stehen.

"Die Politik macht den gleichen Fehler wie bei der Einführung der Lkw-Maut", warnt Verbandspräsident Fischer. "Statt Zuwächse der Investitionen aus der Lkw-Maut für zusätzliche Sanierungsmaßnahmen an maroden Brücken und Straßen zu nutzen, dienen sie nun der Haushaltskonsolidierung, weil der aus Steuern finanzierte Investitionssockel immer weiter abgesenkt wird". So seien Herausforderungen, die sich aus dem stetig steigenden Verkehrsaufkommen ergeben, nicht zu meistern. Nach Ansicht von Verkehrsexperten müssten angesichts des Investitionsbedarfs die Mittel für die Erhaltung der Fernstraßen von den jetzt geplanten 2,4 Milliarden Euro auf rund 3,5 Milliarden Euro steigen. Beim Neu- und Ausbau sei sogar mehr als eine Verdoppelung von 1,2 Milliarden Euro auf 3,0 Milliarden Euro notwendig.

Auch wenn es an Finanzmittel fehle: Positiv sei, so Fischer, dass der Etatentwurf alle Einnahmen und Ausgaben rund um die Lkw-Maut in einem eigenen Haushaltskapitel zusammenfasse – ein Fortschritt im Sinnes eines nachvollziehbaren Finanzierungskreislaufs Straße.

Die erste Lesung des Verkehrsetats findet am 9. September 2011 statt.

Weitere Informationen: Stefan Gerwens, Geschäftsführer Pro Mobilität – Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.